

*Beschluss der 27. ordentlichen Vollversammlung
des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 06.03.2004*

Unterstützung der Jugendverbandsarbeit in Bergen-Belsen

Die Arbeit der niedersächsischen Jugendverbände auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers geht in eine neue Phase.

Das Land Niedersachsen hat damit begonnen, Planungen für eine Neugestaltung und Umstrukturierung der Trägerschaft der Gedenkstätte Bergen-Belsen umzusetzen. In diesem Kontext fordert der Landesjugendring Niedersachsen e.V., dass

- der Landesjugendring Niedersachsen e.V. im Rahmen der Stiftungsgründung in den Stiftungsbeirat der neuen Stiftung Gedenkstätten aufgenommen wird und dort einen festen Platz erhält.
- die Gedenkstätte (unabhängig von einer wechselnden Trägerschaft) die Jugendverbände - wie derzeit vereinbart - an der Planung und Umgestaltung des Außengeländes der Gedenkstätte beteiligt und einbezieht.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. empfiehlt seinen Mitgliedsverbänden, Möglichkeiten einer Mitarbeit in der AG „Bergen-Belsen“ zu prüfen, denn die Phase der Veränderung bietet gute Chancen für einen Einstieg in die Erinnerungsarbeit am Lernort Bergen-Belsen.

Der Landesjugendring Niedersachsen e.V. wird auch weiterhin die inhaltlichen und pädagogischen Interessen seiner AG „Bergen-Belsen“ politisch unterstützen.

Begründung:

Aktuelle Situation in Bergen-Belsen

Das Land Niedersachsen hat damit begonnen, Planungen für eine Neugestaltung der Gedenkstätte Bergen-Belsen umzusetzen. Es ist in einem ersten Schritt der Neubau eines Dokumentationshauses mit größeren Ausstellungsflächen geplant. Die neue Ausstellung soll folgende Themenschwerpunkte beinhalten: das sowjetische Kriegsgefangenenlager, das Konzentrationslager, das Displaced Persons-Camp und die Geschichte der Gedenkstätte. Danach soll dann die Umgestaltung des gesamten Lagergeländes nach Plänen eines Landschaftsarchitekten realisiert werden. Hier wird eine enge Zusammenarbeit mit der AG „Bergen-Belsen“ des Landesjugendringes angestrebt.

Gleichzeitig soll die Gedenkstätte Bergen-Belsen aus dem Bereich des Kultusministeriums ausgegliedert und in die Trägerschaft einer Stiftung überführt werden.

Entwicklung der Jugendverbandsarbeit in Bergen-Belsen

Im April 1995 fand anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung des ehemaligen Konzentrations- und Kriegsgefangenenlagers Bergen-Belsen ein internationales Jugendworkcamp auf dem Gelände der Gedenkstätte Bergen-Belsen in Trägerschaft des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. statt. Seitdem kommt die AG „Bergen-Belsen“ des Landesjugendringes regelmäßig der Bitte aus politischen und gesellschaftlichen Kreisen nach, anlässlich des Jahrestages der Befreiung des Lagers ein internationales Jugendworkcamp zu organisieren und durchzuführen.

Vom 11.-18.04.2004 findet nun das 10. Internationale Jugendworkcamp in Bergen-Belsen statt.

Schirmherr ist wieder der niedersächsische Kultusminister. Dieser wird sich mit einem Besuch vor Ort im Rahmen des Workcamps über die praktische Arbeit informieren.

Darüber hinaus findet eine kontinuierliche Arbeit statt:

Zum einen ist dies die Freilegung baulicher Überreste des Lagers im Rahmen von Bildungsmaßnahmen (Projektwochen, Workcamps mit Jugendlichen inner- und außerhalb des Kontextes von Schule) der Jugendverbände, die das Bild der Gedenkstätte nachhaltig verändert hat und zu einem integrativen Bestandteil der Neugestaltung geworden ist. Zum anderen ist dies Jugendbildungsarbeit in Form von Seminaren oder Projekttagen.

Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Schule

Unser Bildungsverständnis

Grundlegend für unsere Position zur Kooperation von Jugendverbandsarbeit und Schule sind das in den Bausteinen der AG „Bildung“ des Landesjugendringes formulierte „Bildungsverständnis“ sowie inhaltliche, organisatorische und strukturelle Rahmenbedingungen für das Arbeitsfeld „Jugendarbeit und Schule“ vom 07.10.2003. Als Jugendverbände stärken wir besonders vier Kompetenzbereiche: „Selbstbestimmung und Selbstverständigung“, „Mitbestimmung und Mitgestaltung“, „Solidarität und Solidarisierung“ sowie „Aktive soziale und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme“.

Ganztagschule: Ein Baustein für die Reform der Bildungslandschaft

Die im Landesjugendring Niedersachsen zusammengeschlossenen Jugendverbände begreifen den politischen Willen, Ganztagschulen einzurichten, zugleich als Herausforderung und als Chance. Sie sehen in der Entwicklung und Ausweitung von Ganztagsangeboten für Kinder und Jugendliche eine zentrale sozial- und bildungspolitische Aufgabe. Die Möglichkeit der Kooperation freier Träger mit den neuorganisierten Ganztagschulen in Niedersachsen wird von den Jugendverbänden begrüßt und auch als Einladung in ihre Richtung verstanden, Ganztagschulen mitzugestalten.

Gerade vor dem Hintergrund der Ergebnisse internationaler Bildungsvergleiche eröffnet die „Ganztagschule“ neue Chancen, die Bildungsbedingungen und -möglichkeiten für junge Menschen zu verbessern. Allerdings bildet die Ganztagschule nur einen Baustein, diese bildungspolitischen Herausforderungen anzugehen. Die niedersächsischen Jugendverbände erklären sich deshalb bereit, mit ihren ausgewiesenen Kompetenzen im Bereich der nicht-formellen und informellen Bildung Verantwortung zu übernehmen und sich an der Neugestaltung der Strukturen und Inhalte des Bildungssystems im Interesse der Kinder und Jugendlichen zu beteiligen. Dies beschränkt sich nicht nur auf den Bereich „Ganztagschule“. Es geht im gleichen Maße um die Entwicklung weitergehender Maßnahmen innerhalb einer breit angelegten gesellschaftlichen Bildungsdebatte.

Vielfältige Angebote und abgesicherte Kooperationen

Die Jugendverbände sprechen sich für die Entwicklung vielfältiger Modelle von Ganztagsangeboten und Kooperationen aus. Dabei müssen etablierte Nachmittagsangebote freier Träger und vorhandene Kooperationsstrukturen gestärkt werden. Die Bemühungen um eine Verzahnung und Kooperation der Bildungsträger Jugendverbandsarbeit und Schule dürfen sich nicht auf die Ganztagschule beschränken. Das Kooperationsangebot mit den auch im Anschluss formulierten Forderungen der Jugendverbände gilt auch den Halbtagschulen.

Forderungen der niedersächsischen Jugendverbände

Für gelingende Kooperationen von Jugendverbandsarbeit und Ganztagschulen sind Offenheit, gegenseitige Akzeptanz und die Bereitschaft zu Veränderungen notwendig. Ebenso ist ein verbindlicher Rahmen Voraussetzung, um beide Seiten gleichberechtigt abzusichern. Zentrale Forderungen der Jugendverbände sind dabei:

- **Kooperationen müssen „auf gleicher Augenhöhe“ stattfinden!**

Jugendverbände führen eigenständige und ergänzende Angebote an Ganztagschulen durch, wobei die Erkennbarkeit der verbandlichen Identität und damit auch ihrer

spezifischen Wertorientierung für die Schüler-innen gewährleistet werden muss.

- **Möglichkeiten, unterschiedliche Kooperationsformen zu erproben, müssen eröffnet werden.**

Die Jugendverbände müssen in den Entscheidungsstrukturen im Kontext der Ganztagschule auf den unterschiedlichen Ebenen angemessen berücksichtigt werden.

- **Qualitätsstandards für die Kooperationen sind zu entwickeln.**

Qualifizierte Ehrenamtliche müssen sich an der Gestaltung und Umsetzung der Ganztagschule beteiligen können. Dafür müssen ausreichend finanzielle und zeitliche Bedingungen geschaffen werden, um eine Begleitung und Unterstützung dieses bürgerschaftlichen Engagements zu ermöglichen.

Mitwirkung, Mitbestimmung und Selbstorganisation von Kindern und Jugendlichen in der Schule müssen ausgeschöpft und von den Schulleitungen gefördert werden.

Die Zusammenarbeit der verantwortlich Handelnden (aus Elternhaus - Schule - Jugendhilfe) muss strukturell und personell bei der Gestaltung der Ganztagschule verankert und in der finanziellen bzw. personellen Ausstattung der Kooperationspartner berücksichtigt werden.

Gemeinsame und eigenständige Fort- und Weiterbildungsangebote müssen durchgeführt werden.

Begründung:

In und mit den Bausteinen der AG „Bildung“ positionieren sich die niedersächsischen Jugendverbände eindeutig im Diskurs um das Arbeits- und Handlungsfeld „Jugendarbeit und Schule“ (Ganztagschule). Dies gilt sowohl in Bezug auf das jugendverbandliche Bildungsverständnis als auch in Bezug auf die Rahmenbedingungen und Settings, die aus Sicht der niedersächsischen Jugendverbände für eine (zukünftige) Kooperation unerlässlich sind. Darauf aufbauend formulieren die Jugendverbände des Landesjugendrings in dem vorliegenden Antrag ihre Forderungen als Voraussetzung für gelingende Kooperationen von Jugendverbänden und (Ganztags-)Schulen in Niedersachsen.

Nicht an der Jugendarbeit sparen!

Finanzielle Kürzungen beeinträchtigen das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen sowie die Weiterentwicklung von Jugendverbandsarbeit

Die Situation

Investitionen in die Kinder- und Jugendarbeit bedeuten immer auch eine Investition in die Zukunft unserer Gesellschaft. Diese zentrale Erkenntnis scheint in den vergangenen Monaten angesichts der beschlossenen Kürzungen aus dem Blickfeld geraten zu sein.

Die Streichungen betreffen inzwischen auch die Kernbereiche der verbandlichen Jugendarbeit:

- 100% Kürzung SSG-Programm
- 100% Kürzung Freizeit- und Erholungsmittel
- 100% Kürzung Verdienstaufschlag
- 80% Kürzung der Förderung verbandlicher Bildungsstätten
- 13% Kürzung im Nds. Förderprogramm „Lebensweltbezogene Mädchenarbeit“

Auswirkungen auf die Praxis

In den Maßnahmen der Jugendverbände werden Kindern und Jugendlichen neben Bildungsthemen notwendige Schlüsselkompetenzen für das alltägliche Leben, wie Konfliktfähigkeit, Eigenverantwortung, Sozialverhalten, politisches Engagement für eine Bürgerinnengesellschaft usw. vermittelt.

Insbesondere die Kinder- und Jugendfreizeiten sowie die Bildungsveranstaltungen nehmen eine Schlüsselfunktion für das erlebnisorientierte Hineinwachsen von Kindern und Jugendlichen in die Jugendverbandsarbeit ein. Hier wird vielfach der Grundstein zum ehrenamtlichen Engagement und zur lebendigen Mitbestimmung im Jugendverband und in der Gesellschaft gelegt.

Durch den Wegfall der Förderung auf Landesebene wird es für die Jugendverbände immer schwieriger, Freizeitmaßnahmen und insbesondere Maßnahmen mit Kindern zu finanzieren. Die negativen Folgen der Kürzungen wirken sich besonders auf die Kinder und Jugendlichen aus, die auf kostengünstige Angebote der Verbände angewiesen sind und zukünftig bei höheren Teilnahmebeiträgen für Veranstaltungen und Angebote der Jugendarbeit an diesen weniger werden partizipieren können.

Diese soziale Selektion von Teilnehmenden betrifft insbesondere Familien, die durch Arbeitslosigkeit, Kürzungen im Sozialbereich, durch Migrationshintergrund und Trennung der Eltern betroffen sind. Im Sinne einer positiven Persönlichkeitsentwicklung und von Prävention ist der Lern- und Erfahrungsort verbandliche Jugendarbeit gerade diesen Kindern und Jugendlichen offen zu halten.

Forderungen

Als Jugendverbände vertreten wir die Interessen von Kindern und Jugendlichen in unserer Gesellschaft.

Wir fordern deshalb die Anhebung der Mittel für die Jugendarbeit im Landeshaushalt mindestens wieder auf den Stand von vor 2003, damit die Fortführung der verbandlichen Infrastruktur gesichert ist.